ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article

Warten auf die sieben fetten Jahre

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (2007) : Warten auf die sieben fetten Jahre, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 33, Iss. 2, pp. 167-174

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332737

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Editorial

Warten auf die sieben fetten Jahre

I. Boom im Euroland?

Die Jubelmeldungen überschlagen sich: Nicht nur in Österreich müssen die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen von Quartal zu Quartal aufwärts revidieren, auch internationale Konjunkturprognosen wie von der EU-Kommission oder von der OECD werden seit einigen Quartalen regelmäßig von der realen Entwicklung übertroffen. Selbst die Wirtschaft in Deutschland, über viele Jahre großes Sorgenkind der europäischen Konjunktur, ist kräftig in die Gänge gekommen.

Das globale Wachstum läuft auf Hochtouren, angetrieben von Schwellenländern wie China und Indien, wo es trotz angeblicher dämpfender Bemühungen der Geld- bzw. Fiskalpolitik nicht gelingt, das BIP-Wachstum zu drosseln. Die von hohen Rohstoffpreisen profitierenden, insbesondere Erdöl produzierenden Länder sorgen durch investives und konsumtives *Recycling* ihrer Petro-Dollars für eine Exportbelebung in den OECD-Ländern, und auch der gesparte Anteil ihrer Einnahmen sorgt für Wachstumsstimuli, indem die globalen Finanzmärkte mit Liquidität versorgt werden und zu günstigen Finanzierungsbedingungen beitragen. Der drastische Ölpreisanstieg konnte daher die globale Wachstumsdynamik kaum beeinträchtigen und zog auch keine Besorgnis erregenden Inflationsraten nach sich.

Der seit vier Jahren boomenden US-Wirtschaft scheint eine sanfte Landung zu gelingen, womit sie zu einer Verringerung der Wachstumsunterschiede zwischen den Weltregionen beiträgt. Der Einbruch der Wohnbauinvestitionen rief zwar eine gewisse Besorgnis über eine mögliche Rezession als Folge des Platzens einer Blase hervor, allerdings waren die Auswirkungen (zumindest bislang) weit weniger dramatisch, als der 25-prozentige Rückgang beim Neubau von Einfamilienhäusern erwarten ließ. Denn die Immobilienpreise liegen nach dem Höhenflug noch immer etwa auf dem im historischen Vergleich hohen Niveau von vor ca. drei Jahren, ebenso wie sich die Zahlen von Neubau und Verkauf von Einfamilienhäusern wieder auf diesem Niveau einpendelten. Weiters muss berücksichtigt werden, dass im Wesentlichen nur das Segment des Neubaus von Einfamilienhäusern von der Krise betroffen ist, übrige Baubereiche aber weiter durchaus kräftig zulegen, nicht zuletzt da sie von den freiwerdenden Ressourcen der Bauunternehmen profitieren. Die Korrektur von Preisen und Investitionen bei Immobilien

dürfte aber nun langsam ausgelaufen sein, der Markt sollte sich somit langsam stabilisieren und 2008 wieder eine Belebung des BIP-Wachstums auf knapp 3 Prozent ermöglichen.

Der Abbau der globalen Wachstumsunterschiede ist aber nicht nur der Abschwächung der US-Konjunktur zuzuschreiben. Nachdem die Eurozone im bisherigen Verlauf des Jahrzehntes mit weit unterdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum konfrontiert war, wurde 2006 mit 2,7 Prozent erstmals seit vielen Jahren wieder ein Wachstum über dem Potenzial erreicht, und 2007 könnte mit einem ähnlichen Wert sogar die USA überholt werden (Frühjahrsprognose der EU-Kommission). Denn seit dem Konjunktureinbruch zu Beginn des Jahrzehnts war Europa Trittbrettfahrer der Weltwirtschaft. Die Binnennachfrage blieb – zumindest in den großen Ländern der Eurozone – relativ schwach, und es waren die Exporte nach Übersee, die zumindest ein schleppendes Wachstum ermöglichten.

Die Entwicklung in Deutschland, das noch mit Altlasten der Wiedervereinigung, ganz besonders an der Lage der Bauwirtschaft ersichtlich, zu kämpfen hatte, ist für die gesamte Eurozone von großer Bedeutung: Eine gnadenlos auf internationalen Kostenwettbewerb ausgerichtete Strategie führte zu einer Zweiteilung der Wirtschaft. Die Panikmache vor einer Abwanderung zu teurer Produktionen in den näheren oder ferneren Osten führte zu Umstrukturierungen, die Deutschland wieder zum Exportweltmeister machten und zu Rekordgewinnen der Unternehmen führten, während die Binnennachfrage weiterhin unter der fehlenden Kaufkraft der Haushalte litt. Doch 2006 scheint man es geschafft zu haben. Ein Wachstum von fast 3 Prozent zeigte endlich auch positive Wirkungen auf Beschäftigung und Konsumnachfrage. Allerdings sollten dabei die Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte ab Jahresbeginn 2007 nicht übersehen werden, welche die Nachfrage im letzten Quartal 2006 aufblähten, dafür aber zu Jahresbeginn 2007 fehlen. Derzeit sieht es aber danach aus, als ob diese Steuererhöhung keinen Abbruch des Aufschwunges bewirkt, sondern bloß eine Delle im unterjährigen Wachstumsverlauf verursacht. Der IFO-Indikator für die zukünftige Entwicklung gab im Frühjahr 2007 jedenfalls Anlass zu weiterem Optimismus. Erst für 2008 wird wieder eine leichte Wachstumsabschwächung, sowohl für Deutschland als auch für die Eurozone, prognostiziert, aber immer noch mit Raten (über 2%), welche jene ersten Hälfte des Jahrzehnts deutlich übertreffen.

II. Hochstimmung unbegründet?

Es ist erstaunlich zu beobachten, wie sehr die öffentliche Wahrnehmung von (massen-)psychologischen Faktoren geprägt wird. Betrachten wir wieder Deutschland als *pars pro toto*: Viele Jahre herrschten kollektive Depression und Pessimismus. Die Lage war zwar in der Tat nicht rosig, aber doch nicht so hoffnungs- und perspektivlos, wie sie vielfach dargestellt wurde. Im Jahr 2006 änderte sich das Bild schlagartig: Mit 2,9 Prozent wuchs die Wirtschaft etwas über dem langfristigen Durchschnitt, und schon schlug der kollektive Pessimismus in kollektive Euphorie um. Nach den Schlagzeilen auf den Titelseiten der Medien scheint die deutsche Wirtschaft aus allen Nähten zu platzen.

Doch wie ist – bei näherer Betrachtung – die Lage realistisch einzuschätzen? In der gesamten ersten Hälfte des Jahrzehnts wuchs die deutsche Wirtschaft mit Jahresraten um kümmerliche 1 Prozent. Im Jubeljahr 2006 wurde – nicht zuletzt wegen der Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung und eines extrem milden Winters – ein BIP-Wachstum erzielt, das zwar leicht überdurchschnittlich ist, das aber nicht einmal die mittelfristige 3-Prozent-Vorgabe der Lissabon-Strategie erreicht. Und in den Jahren danach folgt wieder eine Wachstumsverlangsamung auf nur noch knapp über 2 Prozent. Als großen Erfolg können dies wohl nur diejenigen bejubeln, deren historisches Denkvermögen auf das laufende Jahrzehnt beschränkt ist.

Auch die Tatsache, dass endlich wieder Arbeitsplätze, zum Teil sogar reguläre Vollzeitarbeitsplätze, entstehen, ist zwar grundsätzlich erfreulich, aber nicht wirklich verwunderlich und kein Grund für überbordende Begeisterung, hält man sich die Arbeitsmarktentwicklung des letzten Jahrzehnts vor Augen.

III. Der Euro: eine Erfolgsgeschichte?

In jüngerer Vergangenheit wurden vielerorts auch Bilanzen über die Zeit seit der Einführung der Gemeinschaftswährung erstellt. Die meisten davon fallen äußerst positiv aus: Der Preisanstieg sei geringer als in den Jahren zuvor, der Euro sei tatsächlich eine starke und stabile Weltwährung geworden, der Teufelskreis von periodischen Abwertungsrunden konnte durchbrochen werden, Kosten wurden gesenkt. Wie der massive Anstieg des Ölpreises bewältigt wurde, ohne massiven Inflationsdruck und eine Lohn-Preis-Spirale auszulösen, wie es bei früheren Ölpreisschocks der Fall war, sei ein deutliches Zeichen für die Leistungsfähigkeit der Währung, also der Währungsunion und deren Geldpolitik.

Dass der Euro für manche Exporteure vielleicht etwas zu stabil ist,

müsse angesichts der generell hervorragenden Exportentwicklung verkraftet werden können. Auch die Tatsache, dass einige schwarze Schafe, insbesondere in der Gastronomie und anderen Dienstleistungen, die Währungsumstellung für saftige Preiserhöhungen nutzten und daher zu dessen Ruf als „Teuro" beitrugen, solle nicht von der generell preisdämpfenden Wirkung der neuen Währung ablenken. Und wenn darauf hingewiesen wird, dass auch Länder wie etwa Dänemark oder Schweden eine äußerst erfolgreiche Entwicklung zeigen, ohne der Eurozone anzugehören, dann müsse klargestellt werden, dass dies nicht ihrer Euro-Abstinenz zuzuschreiben sei, sondern – ganz im Gegenteil – der Tatsache, dass sie quasi als Trittbrettfahrer kräftig an den Vorteilen der Gemeinschaftswährung partizipieren, ohne Mitglied in der Eurozone zu sein und sie daher etwaigen negativen Wirkungen nicht ausgesetzt seien. Auch für die nicht der Eurozone angehörigen Länder innerhalb und außerhalb der Europäischen Union wirkt der Euro als Stabilitätsanker.

Eine Einheitswährung benötigt, um erfolgreich zu sein, naturgemäß bestimmte wirtschaftspolitische Voraussetzungen zur Koordination und Stabilisierung. Die dementsprechend vorwiegend auf Stabilisierung ausgelegte wirtschaftspolitische Konzeption in der Eurozone habe sich – so ist in vielen Bilanzen zu lesen – als richtig und erfolgreich erwiesen, wie ein Blick auf die aktuellen Wachstums- und Beschäftigungsdaten zeige.

Auf den ersten Blick scheint der Euro damit durchaus als Erfolgsstory gelten zu können. Aber hält diese Beurteilung auch einem zweiten, kritischeren Blick stand?

IV. Aufschwung trotz europäischer Wirtschaftspolitik?

Aus monetärer Sicht hat der Euro im Großen und Ganzen durchaus die Erwartungen erfüllt. Insbesondere die Skepsis gegenüber einer möglicherweise zu geringen Stabilität war offensichtlich unbegründet. Die reale Entwicklung bietet dagegen, wie im zweiten Abschnitt beschrieben, weniger Grund zum Jubeln, und dies trotz der gegenwärtig durchaus erfreulichen Wirtschaftsdaten. Man könnte dazu provokant die These vertreten, der momentane Aufschwung sei *trotz* und nicht wegen der Wirtschaftspolitik im Euroland zu verzeichnen.

Überraschenderweise scheint die EU-Kommission die skeptische Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zu teilen. Denn von dieser Seite unerwartet kritische Töne enthält deren „Bilanz 2006" in Kom(2006) 714, in welcher „nach wie vor verhaltenes Wachstum" beklagt und festgestellt wird, „dass der Euro noch nicht in der Lage war, hohes Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigung über einen län-

geren Zeitraum zu erreichen“. Wohl von jeder anderen Institution würden angesichts einer solch enttäuschenden Bilanz die Fragen gestellt werden, ob die Konzeption der Politik und das angewendete Maßnahmenbündel angemessen waren, ob von den die Rahmenbedingungen gestaltenden Instanzen Fehler gemacht wurden, ob man etwas hätte besser machen können, und welche Änderungen notwendig sind, um in Zukunft erfolgreicher bilanzieren zu können.

Doch die Europäische Kommission ist anders. Sie hält unverändert an ihrer jahrelang propagierten Strategie fest, Stabilität und Kostensenkung seien der Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung, also Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen und eine mit beiden Füßen auf der Bremse stehende EZB. Stellt sich der gewünschte Erfolg nicht ein, sei dennoch die Rezeptur richtig gewesen, nur die Dosierung müsse erhöht werden. Dabei liegt das Hauptproblem der Wirtschaftspolitik in der EU darin, dass makroökonomisches Verständnis durch mikroökonomisches Denken ersetzt wurde, womit die Kreislaufzusammenhänge der Volkswirtschaft und die Bedeutung der Nachfrage ausgeblendet bleiben (zur ausführlicheren Analyse dieser europäischen Politik-Konzeption siehe das Editorial in Wirtschaft und Gesellschaft 2/2005). Das Wort „Nachfrage“ ist im neunseitigen Kommissionsdokument übrigens gezählte zweimal zu finden.

Ein illustratives Beispiel davon gibt das oben zitierte Kommissionsdokument „Die Wirtschaft der EU: Bilanz 2006“. Nachdem dort die enttäuschende Entwicklung beklagt wird, stellt die Kommission fest: „Man könnte versucht sein, derartige Anpassungsschwierigkeiten vollständig auf den Umstand zurückzuführen, dass einige Mitglieder der Euro-Zone erst verspätet Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und Durchführung struktureller Reformen ergriffen haben.“ Durch die Worte „Man könnte versucht sein“ keimt Hoffnung auf eine – wenn auch späte – Einsicht auf. Doch diese Hoffnung ist verfrüht, denn in der Folge ist bloß zu lesen: „So leisteten zum Beispiel Entwicklungen auf den Finanzmärkten Ungleichgewichten mehr Vorschub und beeinflussten Konsum- und Investitionsverhalten stärker als erwartet. Außerdem entstanden aus dem Zusammenwirken wirtschaftlicher Entwicklungen untereinander und mit politischen Initiativen Folgen, die sich häufig gegenseitig verstärkten“.

Neben der unzureichenden Umsetzung der EU-Politikempfehlungen werden also verschiedenste andere, teils etwas kryptische Erklärungsansätze geboten. Das Kernproblem wird aber nicht einmal angedeutet, nämlich dass das Wachstum durch eine schwache Binnennachfrage gedämpft wurde (siehe dazu den Beitrag von Engelbert Stockhammer in diesem Heft). Die Konsumlust der Haushalte ist verständlicherweise wegen schlechter Einkommensentwicklung und Arbeitsmarktlage so-

wie wegen der Verunsicherung durch zahlreiche so genannte Strukturreformen, also durch die Folgen der Wirtschaftspolitik gedämpft. Und dies bremst natürlich die Absatzerwartungen und damit die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Aus diesem unzureichenden Verständnis der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge resultieren dann auch unzureichende Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik. Dies zeigen deutlich zwei Beispiele aus dem betreffenden Kommissionsdokument. Von den Sozialpartnern wird verlangt: „Die Implikationen der Währungsunion müssen sich im Lohnsetzungsverhalten niederschlagen", und es „... muss sichergestellt werden, dass die Implikationen und Konsequenzen verschiedener Handlungsoptionen den am Lohnfindungsprozess Beteiligten bewusst sind. Damit sollte in erster Linie besser beurteilt werden können, ob die derzeitigen und absehbaren Lohn- und Preisentwicklungen mit Blick auf die Anpassungserfordernisse unproblematisch sind." Im Klartext: Während Haushalts- und Geldpolitik geradezu autistisch an ihrem nachfragebremsenden Stabilitätskurs festhalten, sollen die Sozialpartner gefälligst die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse berücksichtigen, also durch noch mehr Flexibilität in der Lohnpolitik die Fehler der anderen Bereiche der Makro-Politik ausbessern. Soll das etwa die dringend notwendige bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik sein? Erlaubt diese Einstellung einen dringend notwendigen, offenen makroökonomischen Dialog zwischen den Trägern der Wirtschaftspolitik?

Ein weiteres Beispiel für die etwas seltsamen wirtschaftspolitischen Rezepte, die aus der einseitig angebotsorientierten Konzeption der Wirtschaftspolitik resultieren, findet sich in der Passage, in der die Kommission eine Verbesserung des Wachstumspotenzials fordert. Dieses hängt bekanntermaßen nicht unwesentlich mit dem Kapitalstock, also mit den in der Vergangenheit getätigten Investitionen zusammen, die wiederum (u. a.) mit Kaufkraft, Nachfrage und Absatzerwartungen in engem Zusammenhang stehen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass angesichts der schwachen Binnennachfrage im Euroraum das Wachstumspotenzial in den letzten Jahren tendenziell gesunken ist. Doch wie soll nach den Vorstellungen der Kommission dieses an sich unterstützenswerte Ziel der Anhebung des Wachstumspotenzials erreicht werden? Mit einer „Beschleunigung des Tempos der Strukturreformen"! Natürlich wird dieses mysteriöse Zaubermittel, das von der Kommission offensichtlich als Geheimrezept gegen jedes Übel, sei es Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, Cholera oder Heuschreckenplage, wieder einmal bemüht, ohne näher darzustellen, was damit konkret gemeint sein soll. Aber es ist kurios genug, dass eine Politik, die massiv zur Schwächung von Nachfrage, Investitionen und

damit Wachstumspotenzial beigetragen hat, nun zur Anhebung des letzteren herangezogen worden soll – das grenzt in der Tat an *Voodoo economics*!

V. Perspektiven

Weder angesichts der erst seit Kurzem und gemäß den Prognosen nicht mehr allzu lange recht kräftigen Konjunktur noch bezüglich der Bilanz seit der Einführung der Einheitswährung ist daher besondere Jubelstimmung angebracht. Von der Wirtschaftspolitik ist jedenfalls kaum ein Kurswechsel weg von Inflationspsychose und Strukturreformen zu erwarten, der die Entwicklung verbessern könnte. Auch dass angesichts eines prognostizierten Sinkens der BIP-Wachstumsraten die EZB paradoxerweise offensichtlich weitere Schritte der Zinsanhebung plant, verwundert nach den bisherigen Erfahrungen nicht mehr wirklich. Die Zentralbank könnte wieder gefährlich in die Nähe der Rolle eines Konjunkturkillers rücken.

Ein weiterer Hemmschuh für ein anhaltendes kräftiges Wachstum liegt in der Entwicklung der Einkommensverteilung. Zwar hat sich in jüngster Vergangenheit die Lage am Arbeitsmarkt spürbar verbessert, kaum aber die finanzielle Situation der Haushalte. Denn die Unternehmen jammern zwar über den kaum noch bewältigbaren Konkurrenzdruck durch die Globalisierung, welche zu radikalen Kostensenkungen zwinge, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können und um Auslagerungen zu vermeiden. Wie die seit Jahren in Österreich, Deutschland, der gesamten Eurozone und auch in den USA eingefahrenen Rekordgewinne mit diesem Globalisierungsdruck zusammenpassen, bleibt dabei allerdings offen. Beachtlicherweise ist dies offenbar auch schon den Spitzen der EU bewusst geworden, heißt es doch in den Schlussfolgerungen des Rates „Beschäftigung“ vom Januar 2007 sowie in den Schlussfolgerungen der Eurogruppe vom Februar 2007, dass annehmbare Lohnbedingungen geschaffen und die Früchte des Wachstums besser verteilt werden müssen.

Wenn diese Aussagen von EU-Spitzen getroffen werden, dann kann wohl daraus geschlossen werden, dass sich dahinter nicht nur ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit verbirgt. Mittlerweile ist durch das jahrelange Ignorieren der Bedeutung der Nachfrage, durch Lohnzurückhaltung und Umverteilung der Einkommen hin zu den Gewinnen, ein reales ökonomisches Problem entstanden. Wie formulierte es das WIFO in seiner Frühjahrsprognose 2007 so treffend: „Die Beschleunigung (des privaten Konsums) fällt allerdings für diese Phase des Konjunkturzyklus relativ schwach aus. Erst wenn die Konsumnachfrage kräftig zu wachsen beginnt, kann von einem vollständigen Aufschwung

gesprochen werden."

Es scheint also, als hätten wir zwar die sieben mageren Jahre hinter uns. Ohne Änderung der europäischen Wirtschaftspolitik und ohne eine Korrektur der Einkommensverteilung, die auch die Arbeitnehmer angemessen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben lässt, sind entgegen dem alttestamentarischen Beispiel der möglicherweise ersten Juglar-Welle aber keine sieben fetten Jahre in Sicht.

Korrekturen zu WuG 33/1 (2007)

Auf dem Umschlag wurde M. Six fälschlicherweise als Koautor des Beitrags „Besteuerung von Körperschaften..." angeführt.

Seite 2: Autor der Besprechung des Bandes Maria Mesner (Hrsg.), „Entnazifizierung...", ist Klaus Mulley.

Seite 2: Markus Leibrecht ist Mitarbeiter des Instituts für Finanzwissenschaft und öffentliche Wirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien.